Ressort: Finanzen

Britischer Finanzminister droht EU mit neuem "Wirtschaftsmodell"

London, 15.01.2017, 07:00 Uhr

GDN - Der britische Finanzminister Philip Hammond hat den Staaten der Europäischen Union mit einem neuen "Wirtschaftsmodell" gedroht, falls britische Waren und Dienstleistungen nach dem Brexit keinen präferierten Zugang zum Europäischen Binnenmarkt mehr haben sollten. "Wenn wir keinen Zugang haben zum europäischen Markt, wenn wir ausgesperrt werden, wenn Großbritannien die Europäische Union verließe, ohne eine Übereinkunft über einen Marktzugang, dann könnten wir zumindest kurzfristig wirtschaftlichen Schaden erleiden", sagte Hammond der "Welt am Sonntag" (15. Januar 2017).

"In diesem Fall könnten wir gezwungen sein, unser Wirtschaftsmodell zu ändern, und wir werden unser Modell ändern müssen, um Wettbewerbsfähigkeit zurückzugewinnen." Hammond betonte in diesem Zusammenhang die Entschlossenheit von Regierung und Bevölkerung in Großbritannien: "Sie können sicher sein, dass wir tun werden, was immer wir tun müssen." Die britische Bevölkerung werde sich nicht niederlegen und sagen: "Was für ein Jammer, wir sind verwundet." Wir werden unser Modell ändern, und wir werden zurückkommen, und wir werden uns dem Wettbewerb stellen." Er persönlich hoffe aber, "dass wir im europäischen Mainstream des wirtschaftlichen und sozialen Denkens bleiben". Die Regierung von Premierministerin Theresa May hat bereits angekündigt, den Körperschaftsteuersatz auf das niedrigste Niveau aller Industrieländer senken zu wollen. Hammond, der vor dem Brexit-Referendum im Juni 2016 als Außenminister für einen Verbleib in der EU geworben hatte, gilt in Brexit-Fragen als moderater Vertreter der May-Regierung. Der Schatzkanzler verwies auch auf deutsche Interessen. "Wir streben ein Übereinkommen an", welches auf Gegenseitigkeit beruhe, sagte Hammond. "Ich denke, Mercedes-Benz und BMW und VW wollen auch weiterhin ihre Autos auf dem britischen Markt verkaufen können, ohne Zölle zu zahlen." Man habe "viele europäische Unternehmen mit sehr wichtigen Unternehmungen in Großbritannien und sehr hohen Umsätzen. Deutschlands größte Bank hat eine große Niederlassung in London, und ich würde annehmen, dass sie daran festhalten will." Zugleich machte Hammond aber auch klar, dass seine Regierung die Zuwanderung aus dem EU-Raum nationaler Kontrolle unterstellen will. "Wir haben uns noch nicht festgelegt, welcher Art unsere Einwanderungskontrollen sein werden", sagte Hammond. "Aber uns ist klar: Die Botschaft, die uns das Referendum geschickt hat, lautet, dass wir unsere Zuwanderungspolitik kontrollieren müssen." Man brauche weiterhin Zuwanderung aus der EU. "Daher werden wir uns rational und ökonomisch vernünftig verhalten. Aber wir müssen im Ganzen die Kontrolle haben. Im Moment haben wir gar keine Kontrolle, so wenig wie Deutschland sie hat."

Bericht online:

https://www.germandailvnews.com/bericht-83857/britischer-finanzminister-droht-eu-mit-neuem-wirtschaftsmodell.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD 483 Green Lanes UK, London N13NV 4BS contact (at) unitedpressagency.com Official Federal Reg. No. 7442619